



Einen Zukunftsplan für Thüringen entwickeln

Klausurtagung der Linksfraktion beriet die Vorhaben und wählte neuen Vorstand

Nach den Wahlerfolg der LINKEN in Thüringen mit nunmehr drei Landrätinnen, einer Oberbürgermeisterin und einem Bürgermeister, die mit Petra Enders, Birgit Keller, Michael Sojka, Katja Wolf und Ralf Hauboldt aus den Reihen der Abgeordneten der Landtagsfraktion kommen, und den für sie neu in die Linksfraktion eingezogenen Abgeordneten Dr. Johanna Scheringer-Wright, Diana Skibbe, Ralf Kalich, Maik Nothnagel und Dirk Möller, traf sich die Fraktion am 4. Juli zu einer Klausurtagung sowie zur Neuwahl des Vorstandes.

„Das klare Ergebnis spricht für ein hohes Maß an Vertrauen in die Arbeit der Fraktionsspitze, für das ich mich herzlich bedanke“, sagte Bodo Ramelow, wiedergewählter Vorsitzender, nach der Wahl. Das deutliche Votum der Abgeordneten sei eine „Bestätigung für den politischen Kurs der Fraktion auch mit Blick auf 2014“.

Neben Bodo Ramelow wurden Martina Renner als Fraktionsvize und André Blechschmidt als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt. „Wir wollen an die Erfolge der Kommunalwahl anknüpfen und gemeinsam mit den neu hinzugekommenen Landtagsabgeordneten im Sinne von ‚Links wirkt‘ kraftvoll für einen Politikwechsel in Thüringen kämpfen. Dabei konzentrieren wir uns auf solche Zukunftsthemen, wie sozial-ökologische Energiewende, bürgernahe Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sowie ein modernes Bildungskonzept.“

Crossover-Diskussion

„Die Menschen in Thüringen haben keine Koalition im Dauerstreit verdient, die an zentralen Aufgaben scheitert. DIE LINKE steht bereit, die abgewirtschaftete Regierung abzulösen!“, betonte Bodo Ramelow.

In einem zweiten Teil der Klausurberatung zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde über die politischen Schwerpunkte der Fraktion intensiver beraten, die in den nächsten Wochen in Arbeitsgruppen und den Ressorts Gegenstand der Diskussion sein werden. Es gehe um „Ideen, wie ein Zukunftsplan für Thüringen entwickelt werden kann“, sagte Bodo Ramelow und sprach von einer notwendigen Crossover-Diskussion. Knut Korschewsky bezeichnete die anstehenden Aufgaben mit den Schwerpunktthemen bis zum Ende der Legislaturperiode als „wichtige Vorarbeit in

Richtung eines künftigen Wahlprogramms“. Dabei werde das vorliegende Papier „Thüringen 2020“ entsprechend evaluiert.

In der Diskussion wurde als ein Politikschwerpunkt das Themenfeld „Gute Arbeit, soziale Sicherheit, sozial-ökologischer Umbau sowie Inklusion und Barrierefreiheit“ stärker herausgearbeitet. Dieser Schwerpunkt tritt zu den bereits in den Vorüberlegungen genannten Themenbereichen explizit hin-

giert als Sprecher für Erwachsenen- und Lehrerbildung, er ist zugleich stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Johanna Scheringer-Wright ist Sprecherin für Landesentwicklung und ländliche Räume sowie landwirtschaftspolitische Sprecherin, sie gehört den Ausschüssen für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (dieser wird geleitet vom LINKEN Landtagsabgeordneten und nun-



Gratulation für den wiedergewählten Vorstand der Landtagsfraktion die LINKE. Im Foto (v.l.): André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer, Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender, Dr. Birgit Klaubert, Landtagsvizepräsidentin, Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, und MdL Knut Korschewsky, Thüringer Landesvorsitzender der LINKEN.

zu und unterstreicht, was neben dem ebenfalls übergreifenden Schwerpunkt „Demokratie und Bürgerbeteiligung“ die Grundsätze der politischen Arbeit der Linksfraktion bestimmt. Als inhaltliche Schwerpunkte der Fraktion mit Blick auf das Jahr 2014 waren zudem auf der Klausurberatung diskutiert worden: Landesentwicklung, Mobilität und Landesplanung, der große Bereich der Bildung mit der „komplexen Darstellung eines bildungspolitischen Konzepts“ sowie die Problematik Haushalt/Schuldenbremse/Kommunalfinanzien.

Neubesetzung von Funktionen

Im Ergebnis der Klausurtagung waren auch die Sprecherfunktionen der Landtagsabgeordneten sowie ihre Mitgliedschaft in den Fachausschüssen teilweise neu bestimmt worden. Sabine Berninger ist jetzt justizpolitische Sprecherin der Fraktion (und weiterhin migrations- und integrationspolitische Sprecherin), sie übernimmt den der LINKEN zustehenden Vorsitz des Justiz- und Verfassungsausschusses des Landtages. Susanne Hennig ist nunmehr bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion und Dirk Möller fun-

mehrigen umweltpolitischen Sprecher Tilo Kummer) sowie dem Ausschuss für Bau, Landesentwicklung und Verkehr an. Ralf Kalich übernimmt in der Fraktion die Funktion des haushaltspolitischen Sprechers, er ist zudem Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss, der bekanntlich für die LINKE vom Abgeordneten Mike Huster (finanzpolitischer Sprecher) geleitet wird.

Maik Nothnagel ist vermutlich bundesweit der erste inklusionspolitische Sprecher. „Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Damit ist Inklusion sowohl ein eigenständiges Recht, als auch ein wichtiges Prinzip, ohne dessen Anwendung die Durchsetzung der Menschenrechte unvollständig bleibt.“ (Online-Handbuch). Maik Nothnagel ist Mitglied im Gleichstellungsausschuss.

Diana Skibbe, die Mitglied im Petitionsausschuss ist, übernimmt verantwortlich das Politikfeld Petitionen und Bürgeranliegen und damit eine sehr weit gefächerte inhaltliche Arbeit nahe an den Bürgern.

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Absolutes Muss

Es ist ein „absolutes Muss“, dass die Thüringer Landesregierung im Bundesrat das neue Melderecht des Bundes ablehnt. Der Paragraph 44 ermöglicht es Adresshändlern, Inkassofirmen oder der Werbewirtschaft, umfassend Daten aus den amtlichen Registern abzugreifen.

Das moderne Datenschutzrecht verlangt, dass Betroffene zur Weitergabe ihrer Daten grundsätzlich ausdrücklich zustimmen müssen, dem widerspricht die im Bundestag abgestimmte Regelung eindeutig. Um diese Forderung zu bekräftigen, wird die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE im Juli-Landtagsplenum einen entsprechenden Entschließungsantrag zur Abstimmung stellen.

Der Entschließungsantrag stellt eine Ergänzung zum Antrag der LINKE-Fraktion zu praktischen Konsequenzen aus dem aktuellen Tätigkeitsbericht des Thüringer Datenschutzbeauftragten dar. Dieser Antrag sollte schon im vergangenen Plenum des Landtags im Juni beraten werden, war aber wegen Zeitmangel verschoben worden. Der aktuelle Entschließungsantrag zum Bundesmeldegesetz und der Antrag zum Thüringer Datenschutzrecht machen beide deutlich, dass zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, wie es vom Bundesverfassungsgericht entwickelt wurde und auch in der Thüringer Verfassung verankert ist, kein Weg an strikten Zustimmungsregelungen vorbeiführt.

Besonders skandalös an der Bundestagsentscheidung ist, dass sich ein Parlament zum Gesetzeshandlung von mehr oder weniger dubiosen Wirtschaftsinteressen von Adresshändlern macht und so staatliche Behörden in eine den privaten Profitinteressen von Unternehmen dienende Funktion drängt. Mehr entmündigender Lobbyismus geht wohl kaum, das beschädigt letztendlich Grundrechte und Demokratie.

Im Übrigen muss auch überprüft werden, ob die Bundestagsentscheidung überhaupt rechtlich verbindlich zustande gekommen ist, denn nach übereinstimmenden Medienberichten sind viel weniger als die für die Beschlussfähigkeit des Bundestages notwendigen Abgeordneten anwesend gewesen.

Sabine Berninger ist justizpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Mitglied im Landesdatenschutzbeirat

KURZ UND PRÄGNANT

Gegen Nazi-Immobilien

Anlässlich der Bus-Tour „Nach den rechten Häusern sehen“, die MOBIT e.V. am 5. Juli in Thüringen durchgeführt hatte, erklärte Knut Korschewsky, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der LINKEN in Thüringen: „Ich begrüße, dass die Thüringer Landesregierung das Problem von Haus-Käufen und Immobilien-Besitz erkannt hat. Dass drei Landesminister bei der Infotour dabei waren, ist ein gutes Zeichen. Doch nun muss es darum gehen, dass den Kommunen mit Nazitreffpunkten auch konkrete Unterstützung im Kampf gegen Rechts zukommt. Hier muss die Regierung nachlegen, um zukünftig die Fehler aus der Vergangenheit zu vermeiden. Guthmannshausen, Crawinkel und Marlishausen sind Beispiele für falsches Handeln der Behörden.“

Sabine Berninger, die ebenfalls an der Veranstaltung von Mobit teilgenommen hatte, ergänzte: „Die Tour hat noch einmal gezeigt, dass es in Thüringen zahlreiche eigene Treffpunkte und Veranstaltungsorte von Nazis gibt. Erfreulich ist, dass aber fast überall auch Protest dagegen zu finden ist. Ich danke den Bündnissen gegen Rechts vor Ort und Mobit für ihr Engagement gegen Neonazis in den Gemeinden. Die Landesregierung muss diese Arbeit dauerhaft finanziell sichern und aktiver unterstützen als bisher.“

Chance auf Integration

Ende des vergangenen Jahres gab es in Thüringen 9221 so genannte Nichtleistungsbezieher, davon waren 5721 Frauen. 90 Prozent von ihnen haben einen Berufsabschluss, 1161 sogar einen akademischen Abschluss. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage von MdL Ina Leukefeld hervor. Nichtleistungsbezieher sind zwar erwerbslos, beziehen aber keinerlei Leistungen der Arbeitsagentur, weil sie in einer Partnerschaft oder Familie leben, die nach den geltenden Regeln als nicht bedürftig gelten. Der Forderung der LINKEN nach individueller Leistungsgewährung und Auflösung des Konstrukts der Bedarfsgemeinschaft wurde bisher nicht entsprochen. Bleibt nur der Weg, durch Qualifizierung und Integration in Arbeit den Menschen eine Chance auf Teilhabe zu ermöglichen. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind 50 Jahre und älter. Ina Leukefeld unterstützt den Landesfrauenrat in dem Bestreben, ein konkretes Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekt für Nichtleistungsbezieherinnen auf den Weg zu bringen, um so den Frauen die Chance auf Integration in Arbeit zu ermöglichen.

Chimäre „demokratischer Geheimdienst“

Martina Renner: Der Verfassungsschutz schadet der Demokratie mehr als er sie schützt

Zu den Ergebnissen der Vernehmung des ersten Verfassungsschutz-Zeugen vor dem Thüringer Untersuchungsausschuss hatte am 9. Juli die Obfrau der Fraktion Die LINKE, Martina Renner, erklärt: „Das Landesamt ist in den neunziger Jahren offenkundig völlig außer Kontrolle geraten.“

So habe der Zeuge ausgesagt, dass es keinerlei effektive Rechts- oder Fachaufsicht durch das Innenministerium gab und eine Beschwerde über die Amtsführung des damaligen Präsidenten Roewer keinen Adressaten finden konnte. Aber auch die Führung von V-Leuten im Amt selbst stelle sich als Problem dar. Tino Brandt habe Sachleistungen und Beträge erhalten, die beim Doppelten des sonst Üblichen liegen, obwohl er vorgeblich eigenmächtig Führungspositionen in NPD und THS angestrebt habe.

Neben Brandt wurde zudem auch ein weiterer V-Mann in Leitungsfunktionen im Blood & Honour-Netzwerk geführt, obwohl dies gegen Vorschriften der V-Mann-Führung verstoßen habe. „Für den Verfassungsschutz gelten Regeln

anscheinend nicht viel. Da wurden Umsummen an V-Leute gezahlt oder in Tarnfirmen versenkt, deren Sinn und Zweck bis heute unklar ist. Wir wollen wissen, was das für Geld war und wozu es verwendet wurde!“, so Martina Renner. Einmal mehr erweise sich, „dass



ein demokratischer Geheimdienst eine Chimäre ist und die einzig richtige Konsequenz nur die Auflösung des Verfassungsschutzes sein kann. Der Verfassungsschutz schadet der Demokratie mehr als er sie schützt! Er muss durch eine neue, kontrollierbare und demokratischen Gepflogenheiten verpflichtete Institution ersetzt werden“. Es sei

„ein Trugschluss, zu glauben, dass man mit Personalveränderungen und Umstrukturierungen beim Verfassungsschutz der geheimdiensttypischen Arbeitsweise und ihren grundrechtseinschränkenden Befugnissen entgegenwirken kann. Der Verfassungsschutz

ist und bleibt ein Risiko für die Verfassung. Geschwärzte Akten gegenüber einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Aktenvernichtung, nachdem diese von der Bundesanwaltschaft angefordert wurden, Strafvereitelung im Amt durch Warnen von V-Leuten vor polizeilichen Maßnahmen und bewusstes Verheimlichen von Geheimdienstvorgängen - jeden Tag offenbart der Geheimdienst ein neues Argu-

ment für die alte Forderung nach dessen sofortiger Abschaffung.“ Im Landtag war nach zweiter Lesung eine Gesetzesinitiative der Linksfraktion zur Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz und zur Errichtung einer Informations- und Dokumentationsstelle abgelehnt worden. ■

Gefahr „zwischen Volkstanz und Neonazismus“

Bei einer kürzlich stattgefundenen Veranstaltung im Arnstädter Theatercafé konnte man sich am Beispiel der „Schlesischen Jugend“ (SJ) über völkische Strukturen der extremen Rechten informieren. Der Berliner Journalist Maik Baumgärtner und die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Martina Renner, (s. Foto) stellten ihre neue Broschüre „Schlesische Jugend - Gefahr von Rechts zwischen Volkstanz und Neonazismus“ vor, die sie mit der Journalistin Andrea Röpke geschrieben haben.

Für das Bündnis gegen Rechts Arnstadt, das wie die Grünen aus dem Ilmkreis und die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dem Abend eingeladen hatte, saß Madeleine Henfling auf dem Podium. Die SJ sei bereits ab 2006 in den Blick antifaschistischer Journalisten und Initiativen geraten, da Akteure aus neonazistischen Strukturen begonnen hatten, zielgerichtet eine Jugendorganisation aus dem Spektrum der „Vertriebenen“ zu übernehmen.

Dabei waren Aktive aus der NPD und aus dem Umfeld der verbotenen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ beteiligt, aber auch der in Thüringen einschlägig bekannte Paul Lattusek. Doch es dauerte bis 2011, bis durch einen Beitrag der „Tagesschau“ das Problem auch offiziell erkannt wurde. Nachdem die Bundesregierung der „Landsmannschaft Schlesien“ als Mutterorganisation der SJ mit Entzug von Finanzen gedroht hatte, lenkten die Organisation ebenso wie der „Bund der Vertriebe-

nen“ ein und distanzieren sich von der Jugendstruktur. Mit Volkstanz, Zeltlagern, Vorträgen, der Beteiligung an Nazi-Aufmärschen oder „Ostfahrten“ in die ehemaligen deutschen Gebiete



werden in der SJ Kinder und Jugendliche mit extrem rechter, völkischer Ideologie geimpft. Die regelmäßigen Treffen bieten aber auch Erwachsenen Orte, an denen sie sich ungestört eine braune Parallelwelt schaffen. Die SJ gehört zu einer Strömung der extremen Rechten, die sich an Traditionen der „Hitler Jugend“ orientiert und einen ideologischen Bezug auf den deutschen Faschismus erkennen lässt. Aus diesen völkischen Jugendverbänden, wie der SJ oder früher der verbotenen „Wiking Jugend“, rekrutieren sich führende Kader der Szene, die in verschiedenen Organisationen wichtige Posten übernehmen - gestählt in militärisch

organisierten Zeltlagern und ideologisch auf Linie gebracht. Über Generationen finden hier Familien zusammen, die sich als „Sippen“ verstehen. Baumgärtner berichtete, wie schwer es für ausstiegswillige Jugendliche aus diesen Familien sei, den Sprung in ein normales Leben zu schaffen. Doch es wurde abgewiegelt, gerade auch durch den Thüringer Inlandsgeheimdienst und die Landesregierung. Zwar waren die Aktivitäten der SJ bekannt, doch sie wurden offenbar für ungefährlich gehalten. 15 Jahre lang konnte sich der Bund in einem öffentlichen und mit Staats-Geldern sanierten Haus treffen.

Der erste Versuch, der SJ die Nutzung zu versagen, wurde durch den Verfassungsschutz hintertrieben. Auch als jüngst der SJ-Vorsitzende im Ilmkreis ein Haus kaufte, mit Übernachtungsmöglichkeiten und Veranstaltungssaal, attestierte die Polizei der Kommune Unbedenklichkeit, dem Mann könne die Immobilie verkauft werden. Ein Blick ins Internet oder den VS-Jahresbericht hätte die Alarmglocken schrillen lassen. In Marlishausen haben bereits mehrere rechte Treffen stattgefunden. In der abschließenden Diskussion, an der sich Aktive aus Bündnissen gegen Rechts aus Arnstadt, Kirchheim und Weimar beteiligten, stand die Frage im Mittelpunkt, wie Bildungs- und Jugendarbeit gegen Rechts in Thüringer Schulen besser umgesetzt werden könne. Dabei sah man vor allem das Bildungsministerium in der Pflicht. *Paul Wellsow* ■

Genossenschaften sind das Zukunftsmodell

Forum der LINKEN würdigte Genossenschaften, denen mehr Aufmerksamkeit gebühre

Am 7. Juli, dem Internationalen Tag der Genossenschaften, deren Bedeutung von der UNO durch die Ausrufung des diesjährigen Internationalen Jahrs der Genossenschaften gewürdigt wird, hatte die LINKE-Fraktion auf einem Forum im Erfurter Landtag über die Genossenschaften als wichtiges Zukunftsmodell solidarischer Ökonomie diskutiert.

Mit etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, unter ihnen Engagierte aus landwirtschaftlichen und insbesondere auch Energiegenossenschaften, wurden Erfahrungen ausgetauscht und vor allem Impulse für die weitere Entwicklung des Genossenschaftsgedankens gesetzt.

Leider war der angekündigte Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel schwer erkrankt. Auf dessen neues Buch „Zerschlagt die Banken: Zivilisiert die Finanzmärkte“ ging auch Bodo Ramelow ein, der zu Beginn des Forums die grundsätzlichen Einführungen übernommen hatte. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN betonte vor dem Hintergrund der ungezügelt globalen Finanzspekulationen die Notwendigkeit eines „regionalen, dezentralen und regenerativen Umsteuerns“ mit Blick vor allem auch auf den Umbau der Energiewirtschaft.

Viernauer Bürger gründeten eine Energiegenossenschaft

Hier könnten Bürgergenossenschaften im Zusammenwirken mit den Stadtwerken in Thüringen hinsichtlich der regionalen Stromversorgung und -produktion künftig eine wichtige Rolle spielen. Nicht zuletzt sind „Genossenschaften ein entscheidendes Element zur Demokratisierung gesellschaftlicher Prozesse“, sagte Bodo Ramelow.

Um ein Mindestmaß an Grundversor-

gung im ländlichen Raum auch perspektivisch zu gewährleisten, seien beispielsweise von Genossenschaften getragene Bürgerläden eine Alternative, hatte der langjährige Präsident des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes, Dietmar Berger, hervorgehoben. Die Fördermöglichkeiten durch die Länder müssten verbessert werden, wobei Thüringen hierzu bereits



gute Signale gebe, so auch hinsichtlich der Unterstützung von Gruppengründungen durch ehemalige Schlecker-Beschäftigte. Die LINKE Landtagsabgeordnete Ina Leukefeld verwies auf den Antrag ihrer Fraktion für die nächste Landtagsitzung zur Anschubfinanzierung für ein Dorfladenprogramm in Thüringen. Nach ihren Angaben gibt es derzeit im Freistaat etwa 400 Genossenschaften mit rund 34.000 Mitgliedern, dabei seien Energiegenossenschaften – bisher 13 in Thüringen – stark im Kommen.

Die Landtagsfraktion hat sogar mit Manfred Hellmann, ihrem energiepolitischen Sprecher und ehrenamtlichen Bürgermeister von Viernau, seit neuestem ein Energiegenossenschaftsmitglied in ihren eigenen Reihen. Die Gemeinde im Landkreis Schmalkalden-Meiningen, die bereits den Ehrentitel

Solar-Kommune trägt, gründete im März unter maßgeblichem Einsatz ihres Bürgermeisters sowie mit Unterstützung der Volksbank-Raiffeisenbank eine Energiegenossenschaft. Einen weiteren Erfahrungsbericht gab es von Christian Prechtel, Vorstandsmitglied der Ersten Erfurter Energiegenossenschaft, die ebenfalls unter Nutzung der Photovoltaik Solaranlagen in der Lan-

deshauptstadt bewirtschaftet. Wie Energiegenossenschaften zu Klimaschutz, nachhaltigen Arbeitsplätzen und Regionalentwicklung beitragen, dazu sprach Dr. Burghard Flieger, INNOVA e.G. Seit 30 Jahren bereits ist er beratend, lehrend und publizierend im Genossenschaftssektor tätig. Er kündigte eine Weiterbildungsveranstaltung für Projektentwickler für Energiegenossenschaften ab September in Thüringen an.

Gründerinnen und Gründer der Genossenschaft TLG FAIRWOHNEN – unter ihnen die LINKE Bundestagsabgeordnete Barbara Höll, aber auch Thüringer Landtagsabgeordnete, wie Bodo Ramelow und Heidrun Sedlacik, – berichteten, wie sie damit dem drohenden Verkauf von TLG-Wohnungen an große Privatinvestoren begegnen wollen. *A. Rudolph*

VON A BIS Z:

Breitband-Internet

„Der voranschreitende Ausbau des Breitband-Internets in Thüringen ist zwar sehr erfreulich, bleibt aber hinter der notwendigen Entwicklung deutlich zurück“, sagt Katharina König, netzpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Die Definition des Thüringer Breitbandkompetenzzentrums, was als Breitband-Internet angesehen wird, ist auf dem Stand von vor fünf Jahren. „Nicht nur Firmen, sondern auch private Anwender greifen auf immer aufwendigere Dienste über das Internet zurück. Eine Videoübertragung, wie etwa die der Landtagsitzungen, fällt diese Bandbreite schnell aus“, weist die Abgeordnete darauf hin, dass die mangelhafte Versorgung mit breitbandigem Internet auch konkrete Auswirkungen auf politische und soziale Partizipation hat.

Daneben gibt es weitere offene Fragen: „Haben die Anwohner die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern oder müssen sie denjenigen nehmen, der bei ihnen eine Antenne aufgebaut hat? Wie sieht es mit mobilem Internet aus? Da kann noch längst nicht von flächendeckender Versorgung gesprochen werden.“

Abhilfe kann hier die von der LINKEN favorisierte Einrichtung kostenloser, öffentlicher W-LAN-Hotspots nach Vorbild von Estland schaffen. „Wenn es gelingt, so etwas in Thüringen zu installieren, ermöglichen wir nicht nur jedem einen schnellen Internetzugang, sondern machen die Partizipation an diesem Medium auch unabhängig vom Geldbeutel.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Sitzungen des Thüringer Landtags vor der parlamentarischen Sommerpause finden in der Zeit vom 18. bis 20. Juli statt. Danach tritt der Landtag planmäßig wieder vom 19. bis 21. September zusammen.

Ausstellung zum Ehrenamt:

In der oberen Fraktionsetage der Landtagsfraktion der LINKEN in Erfurt ist gegenwärtig die Ausstellung des Thüringer Landesverbandes „Frauenselbsthilfe nach Krebs e.V.“ zu sehen. Unter dem Motto „Wir geben dem Ehrenamt ein Gesicht“ stellt sie Menschen vor, die sich im Verband engagieren – immer dabei der grüne Schal als Erkennungszeichen.

www.die-linke-thl.de

Arzneimittelbericht

„Der aktuelle Arzneimittelbericht der Barmer GEK zeigt einmal mehr, dass Frauen anders behandelt werden müssen als Männer“, sagt MdL Karola Stange. Es sei längst bekannt, dass sich Herzinfarkte bei Frauen anders äußern und Medikamente andere Nebenwirkungen haben. Pharma-Industrie und Medizin richten Forschung, Medikamenten-Entwicklung und Behandlungsmethoden noch weitgehend an Männern aus. „Das führt zu wirkungslosen oder falschen Behandlungen von Frauen und zusätzlichen gesundheitlichen Belastungen“, konstatiert Karola Stange. Die klinische Forschung müsse frauenspezifischer werden. Notwendig sei auch ein Frauengesundheitsbericht für Thüringen. ■

Stiftung FamilienSinn

„Es ist zu begrüßen, dass sich die CDU endlich den Realitäten stellen will“, kommentiert MdL Margit Jung die Erkenntnis, dass eine Stiftung ohne eigenes Kapital sinnlos ist. „Seit der Gründung der Stiftung FamilienSinn weisen wir auf ihre Mängel hin: fehlende parlamentarische Kontrolle, falsch konzipierte Elternbildung, zu viel Geld für den Apparat. Wir lehnen auch strikt die Aufgabenübertragung an das Landesverwaltungsamt und die Gründung einer privatrechtlichen Stiftung ab. Die Aufgaben müssen wieder im Sozialministerium erledigt werden, das für die Umsetzung des KJHG zuständig ist. Jeder andere Vorschlag verstößt erneut gegen gesetzliche Vorgaben und kann nicht akzeptiert werden.“ ■

JVA-Neubau

„Verzögerungen und Ungereimtheiten bei der Standortentscheidung zum Neubau der Justizvollzugsanstalt in Ostthüringen/Westsachsen müssen schnellstens ausgeräumt werden“, fordert MdL Sabine Berninger. Dabei gehe es auch um die bauliche und konzeptionelle Ausgestaltung, „denn nur bei entsprechender Ausstattung ist auch ein moderner Strafvollzug in der neuen Einrichtung möglich“. Thüringen brauche Ersatz für die JVAen Gera und Hohenleuben, die den Standards eines modernen Strafvollzugs in keiner Weise entsprechen. Auch in Zeiten knapper Haushalte dürfe man nicht der Versuchung erliegen, vom Resozialisierungsvollzug zum faktischen Verwahrvollzug überzugehen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

In die falsche Richtung

Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Hennig, kritisiert: „Zur selben Zeit, wo mit großem öffentlichen Tam-Tam 40 Auszubildende aus Ungarn geholt werden nimmt es die Landesregierung hin, dass seit Jahren jeder zehnte Schulabgänger ohne Schulabschluss bleibt und dass täglich 40 junge Menschen das Land verlassen. Diese Politik geht in die falsche Richtung! Wir fordern endlich an jeder Schule mindestens eine Vollzeitstelle Schulsozialarbeit und der Ausbau von Ganztagsangeboten.“ ■

In die Pflicht nehmen

Zum 1. Juli stiegen die Prämien für die Berufshaftpflicht von Hebammen ein weiteres Mal auf nunmehr 4.242 Euro, das sind in nur vier Jahren 187 Prozent mehr. „Wenn Hebammen zwischen 21 und 32 Prozent ihres Nettolohnes für eine Versicherung ausgeben müssen, steht für viele die Frage, ob sie sich diesen Beruf überhaupt noch leisten können“, protestiert Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin, und kündigt einen Antrag der Linksfraktion für die Landtagssitzung im Juli an. „Sowohl die Versicherer als auch die Bundesregierung müssen in die Pflicht genommen werden“, betont die LINKE-Abgeordnete. ■

NEIN zu hochriskanter Fracking-Technologie

Linksfraktion fordert die Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative auf

Ihr NEIN zur hochriskanten Erdgasförderertechnologie Fracking bekräftigten Bürgerinitiativen gemeinsam mit Vertretern der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der Grünen und der Piratenpartei am 26. Juni am Fuße der

sehbar. Der Protest vieler Bürgerinnen und Bürger ist mehr als berechtigt“, betonte die Landtagsabgeordnete, die am 1. Juli das Oberbürgermeisteramt in der Wartburgstadt angetreten hat. Die LINKE-Politikerin hatte entschie-

Weitere Belastung der Werra

Scharfe Kritik an der am 25. Juni vom Regierungspräsidium Kassel genehmigten Salzwasserleitung von Neuhof bei Fulda nach Philippsthal, die den Konzern Kali+Salz das Einleiten von Salzlauge in die Werra erleichtern wird, hatte Tilo Kummer geübt und auf die Gefährdung der Lebewesen in der Werra verwiesen. Deren Verträglichkeit mit den Abwässern, die ihren Ursprung in der Rückstandshalde nahe Neuhof haben, sei nicht geprüft worden. Die zum Jahresende vorgesehene Absenkung des Nitratgrenzwertes für den Fluss dürfte sich mit dieser Praxis ebenfalls wieder erledigt haben, da das Regierungspräsidium höhere Grenzwerte bis 2020 gleich mit genehmigt hatte, so Tilo Kummer, der jetzt in der Linksfraktion die Funktion des umweltpolitischen Sprechers übernommen hat. Erschwerend für die Wasserfauna komme hinzu, dass völlig ungeklärt sei, ob die von K+S in den Blick genommene Nordsee-Pipeline genehmigungsfähig sein wird. „Somit besteht für die Werra nach wie vor keine Aussicht auf eine Verbesserung der Wasserqualität, was gleichbedeutend mit einer eklatanten Verletzung der Forderungen aus der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist“, so Tilo Kummer. ■



Wartburg in Eisenach und damit im Vorfeld des Festakts zur Aufnahme des Hainichs in das UNESCO-Weltnaturerbe. Katja Wolf, zu diesem Zeitpunkt noch Sprecherin der Linksfraktion für Umweltpolitik, warnte vor den unkalkulierbaren Folgen dieser rückwärtsgerichteten Technologie. „Die langfristigen Gefahren für Mensch, Natur und Umwelt sind beim Fracking nicht ab-

den angemahnt, dass endlich ein rechtssicheres Verbot dieser Erdgasabbau-Methode auf den Weg gebracht werden müsse. Eine Voraussetzung dafür seien notwendige Änderungen im Bergrecht.

„In diesem Sinne sollte die Landesregierung durch eine Bundesratsinitiative aktiv werden“, so die Forderung von Katja Wolf (s. Foto).

Hilfe für elfjährige Binata Ly

Schüchtern aber sehr glücklich ist die elfjährige Binata Ly nach Entfernung des Augentumors und Einsetzen einer Augenprothese. Das ist ihr auf den vom LINKEN Landtagsabgeordnete Bodo Ramelow und dem Vorsitzenden des Deutsch-Mauretanischen Hilfsprojektes Ali Sall durchgeführten Pressetermin deutlich anzumerken. Herr Sall sprach für das zurückhaltende Mädchen und bedankte sich bei den vielen Erfurter Bürgerinnen und Bürgern. Gemeinsam mit der Alternative 54 e.V. der Landtagsabgeordneten der LINKEN haben sie über 4.700 Euro an Spendengeldern für die Reise der jungen Mauretanierin gesammelt.

Bodo Ramelow verwies auf das große Engagement der Helios Klinik. Diese hatte die kompletten Behandlungskosten übernommen. Ebenfalls großen Einsatz zeigte die KOWO. Das städtische Wohnungsunternehmen, auf der Pressekonferenz vertreten durch die Aufsichtsratsvorsitzende Karola Stange (MdL, LINKE), hatte für den Aufenthalt kostenlos eine Wohnung zur Verfügung gestellt. Mit der Operation sind große körperliche und seelische Belastungen von Binata abgefallen und sie konnte seit langer Zeit mal wieder ohne Schmerzen schlafen. Am 13. Juli fliegt sie mit ihrem Vater zurück nach Mauretanien, nicht ohne die restlichen Tage in Deutschland zu genießen. Mit der



Rückreise endet die Zusammenarbeit zwischen Bodo Ramelow und dem Deutsch-Mauretanischen Hilfsprojekt keineswegs. Im November kommt der Weimarer Menschenrechtspreisträger Biram Ould Abeid auf Anregung von Bodo Ramelow und der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Thüringen. Er wird in verschiedenen Vorträgen über die in der Öffentlichkeit wenig bekannten Mauretanischen Sklaven berichten. ■

Benjamin König



„Mann, ist der groß!“

Montagmorgen, 2. Juli, um halb Acht. Wir haben uns mit der Direktorin der Jenaplanschule Suhl, Frau Steege, verabredet und erwarten Gäste der Stiftung Südthüringisches Kammerorchester. Gemeinsam mit Herrn Fuchs und Frau Bergner als Vertreter der Stiftung gehen wir in die Stammgruppe Pingüine, wo uns die Kinder schon ganz aufgeregt erwarten. Ich trage den symbolischen Scheck und werde gleich bestaunt. „Mann, ist das ein großer Geldschein!“, sagt ein kleiner Knirps neben mir. Die Kinder der Stammgruppe sind von Klasse 1 bis 3. Voller Stolz berichten sie, dass sie schon lesen, schreiben und auch rechnen können. Dann singen wir gemeinsam das Lied: „Jetzt fahrn wir übern See...“. „So schwungvoll in die neue Woche zu starten tut richtig

gut“, meint Ina Leukefeld lachend und fügt hinzu, „das gibt Kraft für die ganze Woche“. Dann nimmt sie das Geld aus dem Umschlag und überreicht Schein für Schein, sodass die Kinder mitzählen können, was sie angesichts der Höhe der Summe staunend tun. Herr Fuchs bedankt sich im Namen der

Stiftung bei den LINKEN Landtagsabgeordneten, die monatlich in den Alternative-54-Topf spenden. Er erzählt, dass das Orchester auch Programme in den Kindergärten und Schulen macht, um die Kinder in die Musik einzuführen und die vielfältigen Instrumente vorzustellen. Im Herbst wollen sie das an der Jenaplanschule tun, worüber Lehrer und Direktorin sehr erfreut wären. Denn Musik gehört zum Lernen in der Schule einfach dazu. Und vielleicht inspiriert das ja den einen oder anderen Steppke, künftig auch die Suhlener Musikschule zu besuchen.

Weitere Alternative-Spendenschecks hat Ina Leukefeld an das Bildungscamp Christes zur Begabtenförderung sowie für Umweltprojekte an den NABU überreicht. ■ Ilona Burandt

DAS THEMA

Nicht nur beim Großprojekt „Stuttgart 21“ – kurz „S 21“ – zeigten sich die Probleme. Auch in Thüringen gibt es zahlreiche Beispiele für mehr oder weniger große Bau- und Planungsprojekte.

Dazu gehört nicht nur die 380-KV-Leitung über den Thüringer Wald. Auch die Errichtung des Pumpspeicherwerks Schmalwasser, die Verlegung der Bundesstraße 19 in der Region Eisenach und der Verlust des ICE-Halts Weimar sind Planungsfragen, bei denen umfassende Bürgerbeteiligung angezeigt ist. Doch die rechtlichen Vorgaben und die tatsächliche Praxis in Deutschland bzw. Thüringen weisen hier noch viele Defizite auf, die beseitigt werden müssen.

Den rechtlichen und praktischen Problemen und möglichen Lösungen widmete sich die Fachtagung „Windrad, Tunnel, Deponie? – Bürgerbeteiligung bei Planungsverfahren“, die am 3. Juli von den drei Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ im Landtag in Erfurt veranstaltet wurde und rund 80 Teilnehmer zählte.

Den Behörden auf gleicher Augenhöhe begegnen können

Die genannten Projekte wurden in kurzen Pro- und Contra-Beiträgen von Vor-Ort-Akteuren beleuchtet, bevor es in eine lebhaft diskutierte Diskussion darüber ging, welche Defizite und Lösungen in Sachen Bürgerbeteiligung sich an den einzelnen Beispielen exemplarisch aufzeigen lassen.

B 19: Ab welchem Grad der Änderung von ursprünglichen Planungen sollten die Anwohner nochmals beteiligt werden? Am besten immer, denn in der Praxis kann kaum abgeschätzt werden, was mit Blick auf die Auswirkungen eine „wesentliche“ oder „unwesentliche“ Änderung ist.

Talsperre Schmalwasser: zeigt positive Wirkungen einer frühzeitigen und offenen Bürgerbeteiligung auf Ausgestaltung und Akzeptanz. Diese Beteiligung findet in diesem Fall informell durch das Unternehmen statt, weil die gesetzlichen Vorschriften eigentlich spätere Zeitpunkte vorsehen. Verbindliche Bürgerbeteiligungsformen im Planungsrecht sollten daher viel früher ansetzen. Sie müssen auch so gestaltet werden, dass die Betroffenen „auf gleicher Augenhöhe“ den Behörden und den Vorhabensträgern, also auch Unternehmen, entgegenzutreten können.

Bisher sind Anhörungen im Planungsverfahren schon in ihrer Gestaltung ziemlich hierarchisch, wie Betroffene berichteten. Die Forderung „gleiche Augenhöhe“ – auch im Zugang zu Planungsinformationen und -unterlagen – unterstrich auch Dr. Brigitte Dahlbender in ihrem Referat, Die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg und eine der SprecherInnen des Bündnisses gegen „S 21“ verwies darauf, dass „S 21“ auch Beleg dafür ist,

Bürger an Planungen besser beteiligen

Großes Interesse an der Mehr-Demokratie-Fachtagung im Erfurter Landtag

was passieren kann, wenn früh angemeldeter Protest keine rechtlich verbindlichen Formen vorfindet, um Wirkung entfalten zu können. Das Beispiel Verlust ICE-Halt Weimar stützt diese Forderung ebenfalls, weil es zeigt, wie schwierig es für betroffene Anwohner ist, nach abgeschlossener Planungsphase noch Änderungen zu erreichen. In allen drei Thüringer Beispielen gibt es zahlreiches Bürgerengagement und sind Bürgerinitiativen aktiv, die auch bei der Fachtagung vertreten waren. Rechtsanwalt Harald Baumann-Hasske gab einen informativen Überblick über den derzeitigen Stand des Planungsrechts in Sachen (fehlender) Bürgerbeteiligung.

Sehr bürokratisches Auslegungsverfahren

Dabei wurde deutlich, dass wichtige Stellschrauben, wie die frühere Einbeziehung der Bürger, verbesserte Informationsvermittlung nicht (alleine) auf Landesebene verändert werden können, sondern Bundesvorschriften geändert werden müssen. Da der Thüringer Landtag die Landesregierung zum entsprechenden Handeln im Bundesrat auffordern kann, sind hier auch die Abgeordneten gefragt. In der Podiumsrunde, zu der alle Fraktionen eingeladen waren, die FDP-Fraktion aber we-



gen anderer Termine abgesagt hatte, forderte Tilo Kummer, Umweltpolitiker der Linksfraktion, Änderungen am derzeitigen sehr bürokratischen Auslegungsverfahren, das eine Informationshürde darstelle. Hinzu komme die schwer verständliche Behördensprache der Planungsunterlagen und Genehmigungen. Die Teilnehmer des Podiums bejahten Nachbesserungsbedarf in Sachen Bürgerbeteiligung in Planungsverfahren. Das Bündnis werde die Veranstaltung auswerten, und dann mit konkreten Änderungs- und Handlungsvorschlägen auch an den Landtag und die Fraktionen heranzutreten, so Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thü-

ringen“. Welche zahlreichen interessanten und wirkungsvollen Formen der Bürgerbeteiligung in Thüringen noch mehr genutzt werden können und sollten, zeigte das Referat des Sozialwissenschaftlers Hans-Jörg Sippel, zugleich Vorstandsvorsitzender der „Stiftung Mitarbeit“.

In Falun werden Bibliotheken zu „Demokratiezentren“

Er stellte z.B. das Modell „Planungszelle“ vor, betonte aber auch, dass wirksame und umfassende Bürgerbeteiligung von der Chancengleichheit, von gleicher Teilhabe aller am Beteiligungsprozess lebt. Bürgerbeteiligung darf vor allem auch in ihrer praktischen Umsetzung keine Bevölkerungs- bzw. Personengruppen – z.B. durch soziale Hürden – ausgrenzen.

Wie eine lebendige Bürgerbeteiligungskommune aussehen kann, darüber berichtete der Schweizer Wissenschaftler und Journalist Bruno Kaufmann, Präsident des in Marburg ansässigen „Initiative and Referendum Institute (IRI) Europe“, der in Falun in Schweden lebt und dort Stadtrat für Bürgerbeteiligung ist. Er betonte, dass Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie integraler Bestandteil einer modernen repräsentativen Demokratie sein müssen – und selbstverständlicher Teil des Alltagslebens in einer Kommune. In Falun wird gerade der „Demokratieplan 2015“ mit zahlreichen praktischen Maßnahmen und Projekten umgesetzt. Stichworte sind z.B. Demokratiezentren (dazu gehören auch Bibliotheken als wichtige „Informationsorte“ – ohne Information keine Mitbestimmung), Demokratieberater (z.B. Unterstützung der Bürger, um das für ihr Vorhaben passende Mitbestimmungsverfahren zu finden), „Demokratieschulen“ (Mitbestimmung muss sehr frühzeitig eingeübt werden).

Mit Blick auf diesen wichtigen Zusammenhang von Bildung und lebendiger Demokratie bzw. Bürgerbeteiligung soll nun die Planung einer weiteren Fachtagung für das Jahr 2013 in Angriff genommen werden, kündigte Ralf-Uwe Beck an. *Sandra Steck*

Beim Pumpspeicherprojekt



Abgeordnete der Linksfraktion im Thüringer Landtag waren an der Talsperre Schmalwasser (bei Tambach-Dietharz, Landkreis Gotha), um sich über Pro und Kontra des dort geplanten Pumpspeicherwerkes zu informieren und sich vor Ort ein Bild über das Vorhaben zu machen.

Dieser Vor-Ort-Termin ist der Auftakt einer Gesprächsreihe zu Pumpspeicherprojekten wie an der Schmalwasser-Talsperre. Schließlich müssen die Energiewende und damit der Ausbau regenerativer Energien auch im Zusammenhang mit Speicherkapazitäten gesehen werden.

Vertreter des Stadtwerkenetzwerks Trianel GmbH, das in Kooperation mit der Thüringer Fernwasserversorgung die Errichtung eines Wasserspeicherkraftwerks plant, und Vertreter des Fraunhofer Application Centers standen für Nachfragen zur Verfügung.

Dabei ging es nicht nur um grundlegende Fragen zu neuen Stromspeichertechnologien, sondern auch darum, wie umfassende Bürgerbeteiligung sichergestellt und Eingriffe in die Landschaft und Natur möglichst umweltschonend erfolgen können.

„Bevor eine Entscheidung zu solchen Projekten gefällt wird, müssen Für und Wider sorgsam abgewogen und diskutiert sowie die Bürgerinnen und Bürger der ganzen Region mitgenommen werden“, unterstrich Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Pflegeeltern unterstützen

Fachtagung der Linksfraktion verdeutlichte die sehr unterschiedlichen Standards

Wer sich für ein Pflegekind entscheidet, hat in der Regel den Wunsch, als Familie mit einem Kind oder Kindern zusammen zu leben. Selten ist das Ziel, psychologische, traumatherapeutische, sonderpädagogische, familientherapeutische und im Kinder- und Jugendrecht ausgebildete Fachpersonen zu werden.

Das ist aber oft die Folge der Entscheidung für ein Pflege- oder Adoptivkind. Umso mehr Unterstützung die Eltern erhalten, umso besser sind die Entwicklungschancen für das Kind. Umso wahrscheinlicher ist aber auch, dass diese Familie ein Vorbild für andere ist, die überlegen, ein Pflegekind in die Familie aufzunehmen.

Der Thüringer Landesverband hat in weit über 300 Beratungsgesprächen eine Befragung zur Unterstützung der Eltern durchgeführt. Knapp 40 Prozent empfanden die Betreuung durch das Jugendamt als sehr gut oder gut – rund 60 Prozent jedoch als lediglich befriedigend bis mangelhaft. Nur ein Drittel der Eltern fühlte sich partnerschaftlich behandelt. Selbst bei der Vermittlung eines Kindes – einer entscheidenden Phase – waren nur 44 Prozent wirklich zufrieden mit der Vorbereitung durch ihre Jugendämter. Ähnlich unzufrieden ist der Landesverband mit den unterschiedlichen Standards in Thüringen und der mangelhaften Zusammenarbeit der Jugendämter untereinander. Seine Forderungen:

- Schaffung einer Dienst- und Fachaufsichtsbehörde mit Weisungsbeziehung über die Jugendämter
- Einheitliche fachliche Standards im Kinderschutz und Pflegekinderwesen nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen der Bindungs- und Traumafor-

schung

- Verbindliche finanzielle Rahmenbedingungen
- Fachabteilungen in Jugendämtern und qualifizierte Mitarbeiter in der Jugendhilfe; genügend Sozialarbeiter, die vor Ort gleich Hilfe leisten
- Überregionale Vermittlung von Pflegekindern, damit jedes Kind und jeder Jugendliche das gleiche Recht auf eine Familie hat.

Auf großes Interesse war das Fachgespräch der Linksfraktion in Zusammenarbeit mit dem Verein für Pflege- und Adoptivfamilien in Thüringen e.V. zum Pflegekinderwesen gestoßen. MdL Karola Stange (hier im Gespräch mit Teilnehmerinnen), konnte dazu auch die Thüringer Sozialministerin Heike Taubert (SPD) begrüßen.

Ungerecht behandelt fühlen sich die Pflegeeltern aber auch gegenüber Familien in anderen Bundesländern. In Thüringen sind die Pauschalbeträge für Vollzeitpflege durchgängig niedriger als in allen anderen Bundesländern – und das nicht nur im Vergleich zu reicheren Ländern, sondern z.B. auch im Vergleich mit Sachsen und Sachsen-Anhalt. Während sich andere Länder an die Vorschläge des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge halten, unterschreitet Thüringen diese in allen Altersstufen. So bekommen Pflegeeltern für ein dreijähriges Pflegekind in Thüringen 644 und in Sachsen 714 Euro, für ein dreizehnjähriges Kind 719 Euro in Thüringen und 875 Euro in Sachsen. Über das gesamte Kinder- und Jugendleben bis zum 18.

Lebensjahr summieren sich diese Unterschiede auf 19.080 Euro. Mag sein, dass sich die Pauschalbeträge hoch anhören. Dafür brauchen Pflegekinder aber auch oft Förderkurse, Unterstützungsleistungen und Therapien, die häufig genug privat finanziert werden müssen, da die Leistungen der Jugendämter oft zeitlich eingeschränkt sind oder nur in besonders schwierigen Fällen greifen. Gemeinsame fachliche Empfehlungen und gute Standards



Gabi Ohler

sind genauso wichtig, wie die Gleichbehandlung der Eltern. Es gibt keinen fachlichen Grund, warum die Unterstützung für ein dreizehnjähriges Kind in Thüringen so viel schlechter ausfällt als in Sachsen. Thüringer Pflegeeltern sind nicht schlechter, brauchen nicht weniger Geld und haben es mit den gleichen Problemlagen zu tun. Nicht wenige Kinder haben Bindungsschwierigkeiten, leiden unter den Folgen von Alkohol- oder Drogenmissbrauch ihrer leiblichen Eltern, sind traumatisiert. Hier brauchen die Pflegeeltern besondere Unterstützung. Nicht einem Kind ist geholfen, wenn es im Heim bleiben oder dahin zurückkehren muss, weil die Hilfe und Unterstützung nicht ausgereicht haben.

Mit Praktikanten auf Exkursion

Dass Thüringen mehr ist als der Landtag, haben die ausländischen Praktikantinnen und Praktikanten schon gewusst. Aber haben sie geahnt, dass es so vielfältig sein kann? Nach Wochen, die

herrlich diskutieren! Dann wurde es finanzpolitisch: im hervorragend restaurierten Rudolstädter Stadtschloss erläuterte uns Vizepräsident Michael Gerstenberger die Aufgaben und die Arbeitsweise des Thüringer Landesrechnungshofs (s.Foto). Die Fragen gingen vom Landshaushalt über die Grundsätze betrieblicher Rechnungsführung bis hin zu den Schwierigkeiten, Verwaltung vollständig über PC abzuwickeln. Was z.B. ist dann noch ein Original? Welche Unterschrift gültig? Interessant, dass der Rechnungshof seinen Prüfauftrag jeweils selbst formuliert.

Michael Gerstenberger steht für einen Rechnungshof, der seinen Prüfauftrag nicht nur auf die Quittungen der jeweiligen Kantine erstreckt, sondern der auch Inhalte und Effizienz des Mitteleinsatzes von Behörden gemessen an ihren Aufgaben prüfen will. Viel zu tun für 160 Mitarbeiter, die Landesbehörden mit 30.000 Beschäftigten zu prüfen haben. Diese Arbeit, so gab der Rechnungshof-Präsident, Dr. Sebastian Dete, auf den Weg, ist eine entscheidende Instanz der demokratischen Kontrolle im Kampf gegen Korruption und Miss-

brauch von Steuermitteln. Schön, dass Michael Gerstenberger noch einen kleinen Rundgang durch Rudolstadt anhängte. So bleibt Thüringen ein Stück mehr in guter Erinnerung. Touristisch und politisch. Mit vielen neuen Eindrücken, müde, aber rechtzeitig zum Fußballspiel Deutschland-Italien waren die Praktikantinnen und Praktikanten wieder in Erfurt. Dr. Steffen Kachel



überwiegend mit Papier und Word-Datenteilen angefüllt waren, endete nun das Praktikum von Grom, Roman, Inna (Rußland) und Shauna (USA) bei den Fraktionären von LINKE, Grünen und FDP. Die Fraktionen hatten sich zum Abschluss verabredet, jeweils einen Exkursionstag zu gestalten. Mit der LINKEn gings nach Jena und Rudolstadt. Zum Warmwerden eine tolle Musik-Show im Planetarium, danach zum Jen-Tower, der heute nicht mehr der Uni gehört, sondern der Jenaer Wirtschaft. Von oben hat man eine tolle Aussicht, und bei der lässt sich

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Der Demokratiekenker

Der Bundespräsident mahnt die Kanzlerin: Joachim Gauck richtet im Interview mit dem ZDF eine Forderung an Angela Merkel. Es geht – natürlich – um den „Euro-Rettungsschirm“. Nein, Gauck fordert von Merkel keine andere, keine bessere Politik.

Sie soll nur ihren Kurs besser erklären. „Sie hat nun die Verpflichtung“, so doziert Gauck, „sehr detailliert zu beschreiben, was das bedeutet, auch fiskalisch bedeutet“. Nun dürfte es den Menschen kaum nützen, schlechte Politik besser erklärt zu bekommen.

Immerhin ist schon allerhand „erklärt“ worden: das „katastrophale Scheitern des Marktradikalismus und der Deregulierungsideologie“ (Wolfgang Lieb 2009 auf den „Nachdenkseiten“) firmiert deswegen jetzt als „Schuldenkrise“. Von den Ursachen, den Mechanismen des globalen Kapitalismus, redet kaum noch jemand, im ZDF schon gar nicht. Schuld sind nun die Staaten, die „über ihre Verhältnisse leben“. Geschleift wird folgerichtig die Sozialpolitik.

Wolfgang Lieb hat seinerzeit auch auf „das Zusammenspiel von Marktradikalismus und Propaganda“ hingewiesen und einen Zusammenhang zur Ideologie der „gelenkten Demokratie“ hergestellt. Die wird hierzulande nur mit dem Russland Wladimir Putins verbunden. Vordenker ist indes der US-Journalist Walter Lippmann, der dem Westen die politische Beeinflussung der Massen empfahl. Diese Mechanismen funktionieren. Lieb konstatiert, dass genau dadurch „die politischen Repräsentanten, die durch ihre Politik in die Krise geführt oder sie zumindest nicht abgewendet haben, eine Mehrheit erlangen können und weiter machen können wie zuvor“. Nichts anderes hat Gauck mit seiner Botschaft an Merkel im Sinn. Auf Alternativen auch nur hinzuweisen, liegt der Agenda des selbsternannten „Demokratielehrrers“ fern.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: gloeckner@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.